

# Kraukauer Zeitung.

Nr. 199.

Samstag, den 31. August

1861.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abon-  
9 Nkr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für  
Nkr. — Inzerat-Bestellungen und Gelber übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Plauten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

V. Jahrgang.

nementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit  
die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Nkr.; Stempelgebühr für jede Einrückung 30

## Amtlicher Theil.

Nr. 54.568.

Die k. k. Statthalterei hat eine an der Neumark-  
ter Hauptschule erledigte Lehrerstelle dem provisorischen  
Lehrer an der Trivialschule in Biecz, Alois Ko-  
nopnicki, verliehen.

Von der k. k. Statthalterei.  
Bemberg, am 19. August 1861.

Er. k. k. Apostolische Majestät haben dem k. k. Oberfinanz-  
rathe, Ludwig Augustin Johann Michael Walinkowski, den  
altpolnischen Adel in der Eigenschaft als österreichischer Ritter-  
stand allergnädigst zu bestätigen geruht.

Er. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten  
Entscheidung vom 12. August d. J. dem Grundbesitzer, Peter  
von Palik-Ulejevnyi, tarfrei den Orden der eisernen Krone  
allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. k. k. Apostolische Majestät haben dem Oberleutnant im  
Freiherrn v. Gruber St. Linien-Infanterie-Regimente, Joseph  
Grafen Waldstein-Wartenberg, die k. k. Rämmerwürde  
allergnädigst zu verleihen geruht.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat nach  
Annahme der Resignation des bisherigen Präsidenten der Bil-  
ner Handels- und Gewerbekammer, Johann St. Scholz, die  
Wahlen des Otto Witsch zum Präsidenten und des Johann  
Gallitz zum Vice-Präsidenten der genannten Kammer bestätigt.

## Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 31. August.

Von französischen Blättern ist, wie erwähnt, die  
Nachricht verbreitet worden, daß die päpstliche Re-  
gierung an verschiedene Höfe ein geheimes Rundschrei-  
ben gerichtet habe, worin über die Politik, welche die  
französische Regierung dem päpstlichen Stuhl gegen-  
über besetze, Klage geführt werde. Unter den Höfen,  
welchen dieses Circular angeblich zugegangen sein sollte,  
ist auch die preussische genannt. Die „A. Preuss. Z.“  
nimmt daraus Veranlassung, zu erklären, daß die kgl.  
preussische Regierung eine Mittheilung dieser Art  
nicht erhalten hat, und daß überhaupt von der Exis-  
tenz eines solchen Rundschreibens in Berlin nichts be-  
kannt ist. Die „Wiener Ztg.“ bestätigt die Bemer-  
kung der „Allg. Pr. Ztg.“ auch in Bezug auf Wien.

Auch das ministerielle „Pays“ erklärt jetzt, daß ein  
solches Manifest nicht existire. „Die Ausdrücke selbst“,  
bemerkt das „Pays“, „in denen das „Siecle“ von  
demselben spricht, beweisen, daß dieses Document un-  
tergeschoben ist. Der Papst, welcher das fernere Ver-  
weilen unserer Truppen in Rom wünscht, konnte sich  
nicht so, wie man voraussetzt, über den von Frankreich  
dem römischen Stuhle gewährten Schutz ausdrücken.“  
Auch demontirt das „Pays“ die Angabe des „Ami de  
la Religion“, als hätte Rußland und Oesterreich eine  
Note nach Paris geschickt, in der sie für den Fall,  
daß Italien nicht den Stipulationen von Zürich gemäß  
organisiert werde, mit der Intervention drohten. „Es  
sei, bemerkt das „Pays“, der französischen Regierung  
keine derartige Mittheilung gemacht worden.“

Die „Opinion nationale“ ist in Sachen der Allianz  
ganz anderer Ansicht, als ihr Colleague „Siecle“, der  
wie erwähnt für die Allianz Frankreichs mit Schwed-  
den plaidirt. Sie fängt heute durch das Organ des Hrn.  
Wibbort an, für eine deutsch-französische, oder vielmehr  
für eine preussisch-französische Allianz sich zu erklären.  
Der „A. Z.“ wird aus Brüssel vom 27. d.  
geschrieben, daß der Minister des Auswärtigen vor  
mehreren Tagen den Grafen Montalto, sardinischen  
Gesandten am belgischen Hofe, von der baldigen  
Anerkennung des Königreichs Italien officiell in Kennt-  
niß gesetzt habe. Es war schon wiederholt davon die  
Rede und noch immer läßt dieses „baldigst“ auf sich  
warten. Die neuerliche Versicherung sieht einer Ver-  
stärkung ähnlich wie ein Ei dem andern.

Der Pariser — Correspondent der „N. Preuss. Z.“  
schreibt: Der englische Botschafter hat sich am 27. d.  
zu Herrn Thovonnel begeben und eine mehrstündige  
Unterredung mit ihm gehabt. Unmittelbar darauf wurde  
der Minister vom Kaiser empfangen, welcher seine  
Abreise, die am 28. stattfinden sollte, bis zum Freitag  
verlagte. Die Ernennung des Marquis von Moustier  
zum Botschafter in Constantinopel, die Duc de Gram-  
mont zum Botschafter in Wien und des Hrn. v. La-  
valette zum Botschafter in Rom scheint beschlossen zu  
sein, doch darf man — wie uns versichert wird —  
aus dieser letzteren Ernennung nicht auf die Absicht  
des Kaisers schließen, die französischen Truppen noch  
lange in Rom zu lassen. Es ist vielmehr vorauszu-  
setzen, daß die Räumung im Laufe der nächsten  
Monate erfolgen wird.

Die französische Regierung hat die in Conser-  
renz versammelten Präfecten angewiesen, die in den  
Departements herrschende Stimmung über die römi-  
sche Frage im Allgemeinen und über das Ver-  
bleiben der französischen Truppen in Rom ge-  
genseitig zu besprechen und darüber zu berichten. Diese  
Berichte sind eingelaufen und lauten, je nach den De-  
partements, sehr verschieden, doch scheint die Majorität  
für ferneres Verbleiben der französischen Truppen in  
Rom zu sein.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Berlin geschrieben:  
Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß Er. Majestät der  
König in kurzer Zeit sich nach Straßburg bege-  
hen wird, um die vielbesprochene Zusammenkunft mit  
dem französischen Kaiser zu haben. (Nach früheren  
Nachrichten sollte die etwaige Zusammenkunft erst im  
October sein. Es ist abzuwarten, ob unter „kurzer Zeit“  
nun etwas anderes zu verstehen ist.)

Man spricht in Paris viel von einem Zwischenfalle  
welcher der Ankunft des Hrn. v. Montebello in  
Constantinopel vorangegangen ist. Wie man erzählt,  
wurde der kais. Corvett Reine Hortense, an deren  
Bord der Gesandte sich befand, von dem türkischen  
Befehlshaber die Einfahrt in die Dardanellen verwei-  
gert, so daß der Gesandte erst die Ankunft des fran-  
zösischen Stationschiffes vor Constantinopel abwarten  
mußte. Einen anderen Vorfall unangenehmer Art  
bringen die Berichte aus Madrid. Einer der fran-  
zösischen Gesandtschaftssecretäre hatte sich bei einem  
Diner im „Escorial“ durch den vortrefflichen spanischen  
Wein zu solch ehrenrührigen Äußerungen über Is-  
abella II., als Königin und Frau, hinreißen lassen, daß  
es der Dazwischenkunft des Alcaden bedurfte, um den  
französischen Diplomaten vor der Entrüstung der im  
nämlichen Hotel anwesenden Spanier zu schützen. Doch  
mußte der Alcade den Gesandtschaftssecretär binden  
lassen, um ihn verhaften zu können, da der Franzose,  
von Ebery und von Nationalgefühl erhit, wie wü-  
thend um sich schlug.

Die Madrider Correspondencia demontirt die  
von den Oppositionsblättern in Umlauf gesetzten Ge-  
rüchte von einer Ministerkrise, der zufolge Ca-  
seron-Collantes und Posada Herrera sich als Gesandte  
nach Rom und Paris begeben sollten, und Marquis  
v. Vega Armijo und de los Castillejos ins Ministe-  
rium eintreten würden.

Der bereits erwähnte Auszug der „Berl. Z.“ aus  
dem dänischen Gesandten in Berlin übersandten,  
vom 17ten d. datirten Instruction lautet in wörtlicher  
Uebersetzung wie folgt: Nicht minder zufriedenstellend  
ist die unzweideutige Anerkennung der preussischen Re-  
gierung von dem Rechte der kgl. Regierung, sowohl  
für die Zukunft als für das laufende Finanzjahr, Hol-  
stein einen über das Normalbudget hinausgehenden  
Beitrag zu den gemeinschaftlichen Ausgaben der Mo-  
narchie aufzuerlegen, welcher demjenigen entspricht, der  
von den übrigen Landestheilen erledigt wird. Nur in-  
sofern Herr v. Gruner es als ein verfassungsmäßiges  
Recht voraussetzen scheint, daß die holsteinischen Stände  
bei der Festsetzung des Beitrags Holsteins zu der Be-  
stimmung der gemeinschaftlichen Ausgaben mitwirkend  
sein sollen, ist dies, wie bekannt, ein wesentlicher Irr-  
thum, und es wird gerade einer der Hauptpunkte sein,  
womit die bevorstehenden Unterhandlungen sich zu be-  
schäftigen haben werden, wie weit und unter welchen  
näheren Bedingungen künftig den holsteinischen Stän-  
den eine solche Machtvollkommenheit zugestanden wer-  
den könne.

Die englische Regierung hat eine Depesche ver-  
fentlicht, welche Lord John Russell nach der  
Thronbesteigung des neuen Sultans an den englischen  
Gesandten in Constantinopel, Sir Henry Bulwer rich-  
tete. Wir entnehmen daraus Folgendes: Die Red-  
lichkeit, Ordnung, Energie und unparteiische Rechts-  
pflege werden bald die brennendsten Uebel wieder gut-  
machen, die Erparnisse werden in wenig Monaten  
einen Ueberschuß über die gewöhnlichen Ausgaben ver-  
schaffen. Die Regierung J. M. ist überzeugt, daß der  
Sultan Aziz Vertrauen in diese Mittel setzen muß.  
Die Regierung J. M. würde sich gegen ihre Freunds-  
chaftsgefühle für die Pforte vergehen, wenn sie die  
Perspective der Garantie eines Anlebens aufrecht er-  
hielte. Das hiesige Wasser in einen durchlöcherigen Helm  
gießen.

Aus der Herzegowina melden die Abendblätter:  
Ein Waffenstillstand ist zwischen Omer Pascha und  
den Montenegrinern bis zum 1. September abgeschlos-  
sen worden. Einstweilen ziehen die Türken Verstärkun-  
gen aus Constantinopel heran und errichten ein verschan-  
ztes Lager in Klei.

Der „Globe“ berichtet die in den englischen Zei-

tungen verbreitete ungenaue Uebersetzung des österrei-  
chischen Rescripts an den ungarischen Landtag, nament-  
lich an die „Times“, die auf jene Uebersetzung, wonach  
dem Landtag Mangel an Gehorsam vorgeworfen wor-  
den wäre, ihre Kritik gegründet hatte. Der „Globe“  
macht darauf aufmerksam, daß das Wort „Gehorsam“  
in dem Schriftstück gar nicht vorkommt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nord-  
amerika bestimmt den letzten Donnerstag im Septem-  
ber zu einem Fast-, Buß- und Bettag, um den Ser-  
gen des Himmels auf die Waffen der Unionisten her-  
abzurufen.

Aus Madagaskar vom 15. Juli berichtet die  
„Patrie“, daß die Königin schwer krank war, in Ta-  
nannarivo eine große Gährung herrschte und vor Ta-  
matave sich ein englisches Geschwader eingefunden hatte.

Smolka's Rede, schreibt die „Donau-Ztg.“,

entsprach den gehegten Erwartungen nur wenig. Sie  
war eben eine Parteired, nicht politisch groß, nicht  
staatsmännisch gedacht, vor Allem aber ganz unöster-  
reichisch. Es schien fast, als sei der Pesther Landtag  
mit einem „Fortsetzung folgt“ abgebrochen worden,  
und Dr. Smolka habe sich selbst beauftragt, diese  
Fortsetzung zu sprechen, so wie der „Wanderer“ sie  
schreibt. Er war diesmal nur tieferinnerlich Pole, au-  
ßerlich ganz Magyare. Alle von den Pesther Repre-  
sentanten und Organen gebrauchten Argumente fasste  
er in einer Anthologie zusammen, die sehr oft nach  
rothem ungarischen Pfeffer schmeckte. Aber eben weil  
die Rede so hochmagarisch gedacht war, pastete sie we-  
der in den österreichischen Reichsrathsaal, noch ärmte  
sie mehr als ein schüchternes, durch Mißbilligungslaute  
sofort gedämpftes Bravo. Er meinte, wäre nur im  
September 1848 die ungarische Landtagsdeputation  
freudlich vom Wiener Reichstage angenommen wor-  
den, so hätte sich ohne Zweifel Alles zum Besten ge-  
staltet. Die Umfurtpartei wünschte damals diese Be-  
gegnung; man weiß folglich, wer dabei gewonnen  
hätte. Dieser zurückgewandte Blick ist keinesfalls ver-  
lorend. Das Argument, daß Ungarns Verfassung  
durch die Revolution und den Krieg zu Grabe getra-  
gen worden sei, wollte Hr. Smolka durchaus nicht  
gelingen lassen. Auf diesem Felde war er weit ausführ-  
licher als sein Vorläufer Hr. Deak. Vermuthlich be-  
stimmte ihn hierzu die Logik der Thatsachen, daß Er-  
scheinungen des k. Rescripts nämlich und der jetzt vollzo-  
genen Auflösung. Die Magyaren selbst würdigten das  
Argument kaum der Berücksichtigung, denn sie glaubten  
nicht, es je bekämpfen zu müssen. Es empfahl  
der „Wanderer“ noch vor einigen Wochen, es nur offi-  
ciell verstoßen zu gebrauchen; officiell sei es nicht  
anerkannt. Der Redner behauptete, nicht die Geseh-  
gebung des Jahres 1848, nicht die Erhebung der  
Croaten und Serben, nicht magyarische Losreisungs-  
tendenzen seien die Ursachen des Revolutionenkampfes  
gewesen, sondern lediglich die traditionelle Politik Oe-  
sterreichs, das damals aufgegriffen von einem ehrgeizigen  
Minister, übrigens seit Jahrhunderten nach der Unter-  
jochung und Assimilirung Ungarns strebend. Das heißt  
dann doch der Geschichte etwas rückwärts in das  
Gesicht schlagen. Die bestimmende Tendenz war un-  
streitig die der magyarischen Losreisung seit uralter  
Zeit. Oesterreich erhielt sich dabei vorwiegend defen-  
siv, und wenn es einmal, ein einziges Mal, unter der  
glorreichen Regierung Josephs den Versuch machte, die  
ungarische Verfassung ohne vorhergehende Provoca-  
tion zu beseitigen, so hat es dafür dort desto häufiger  
nach bewältigten Rebellionen die altgewohnten Rechts-  
zustände restaurirt. Hr. Smolka annahmte sich u. A.  
ein Argument des Pesther Clod, der sich daran klam-  
merte, daß in Proclamationen und Manifesten, die im  
Jahre 1849 und Anfangs 1849 erschienen waren, nur  
von einer kleinen terroristischen Partei die Rede war.  
Warum soll die Nation büßen, was nur eine Fraktion  
verbrachte? so lautet die zärtliche Schlussfolgerung. Nun  
müssen wir allerdings zugeben, daß die Urheber und  
Verfasser jener Schriftstücke sich in dem Glauben wie-  
gen, der Zustand sei nur ein partieller, nicht von dem  
Gros der Nation getragener gewesen. Allein was that  
dann dieses Gros, diese Majorität, um diesen frommen  
Wunsch und guten Glauben der damaligen Regierung  
Oesterreichs wahr zu machen? Wo sind jene gewich-  
tigen Rundgebungen, jene Pronunciamentos, auf die  
man sich zu Pest und auf der äußersten Rechten un-  
seres Unterhauses berufen könnte, um mit Recht sa-  
gen zu dürfen: das Land habe Debrezin zur rechten  
Zeit desavouirt und verdammt? Dr. Smolka sieht

fünden unserer Vergangenheit; aber die Gegenwart  
mit ihren Hoffnungen und Aussichten ist ihm gänzlich  
verschlossen. Vor lauter Bäumen sieht er den Wald,  
vor lauter Landesverfassungen den österreichischen Ge-  
sammtstaat nicht. Das europäisch anerkannte Leben  
des letzteren ist ihm vollkommen gleichgiltig. Oesterreich  
ist ihm nur gut als Material für die zwei zu resau-  
riren selbstständigen Königreiche Polen und Un-  
garn. Dr. Palacky nannte gestern die österreichische  
Treue der Ruthenen eine krankhafte Erscheinung.  
Smolka machte es heute mit den Croaten und Ser-  
ben des Jahres 1848 nicht besser. Dafür spendete  
auch er den Croaten das bekannte „unbeschriebene“  
Blatt. Daß übrigens die Slovaken magyarisirt wer-  
den, findet er eben so natürlich, als daß die Ruthen-  
nen, die noch in der Erinnerung der Herrlichkeiten  
der altpolnischen Republik schwelgen, polonisirt werden.

Die polnische Fraktion, schreibt die „Süd. Post“,  
hat heute Farbe bekant! Ihr erster Führer und Red-  
ner, Dr. Smolka, eröffnete den Reigen der Diskussion.  
Seinem Vortrage sah man begreiflicherweise mit der  
größten Spannung entgegen, man erwartete die rück-  
haltlose Darlegung eines unzweideutigen Programmes  
seiner Partei. Dr. Smolka hat in der That den  
Standpunkt auf das Genaueste bezeichnet, den er und  
seine politischen Freunde sowohl gegenüber der ungaris-  
chen Frage als in Ansehung ihrer Stellung im engern  
Reichsrathe einnehmen. Was den letztern Punkt an-  
langt, bot uns seine heutige Rede der neuen Momente  
nur wenige; es war männiglich bekannt, daß die Her-  
ren der polnischen Fraktion dem gegenwärtigen Mini-  
sterium nicht grün, daß der 26. Februar eben nicht zu  
ihren Lieblingsideen zählt. Die hierauf bezüglichen  
Momente vermochten uns daher nicht zu überraschen.  
Diese Herren können nun einmal den engern Reichs-  
rath nicht vermeiden, auf den weitem ist wenig Aus-  
sicht; es gilt nun vor Allem, den erstern zu stürzen,  
dann treten die Landtage die heißersehnte Erb-  
schaft an! So die Conclusion der Reden. Und sollte  
daran gedacht werden, den engern Reichsrath in den  
weiteren umzuwandeln, so droht man mit dem Bün-  
delschnüren und Nachhaufelungen! Bekannte Taktik.  
Was aber den Standpunkt der polnischen Fraktion  
gegenüber der ungarischen Frage betrifft, so haben wir  
heute hierüber aus dem Munde des Dr. Smolka De-  
ductionen vernommen, die über das eigentliche Ziel die-  
ser Herren keinen Zweifel mehr lassen. Man wird  
sich der Leitha nicht zögern, den Führer der Polen  
im Reichsrathe des Dankes der ungarischen Nation  
würdig zu erklären und statt der in einem gewissen  
andern Lande üblichen Adressen wird es da Ernennun-  
gen zum Comitatusauschusse regnen. Und die Un-  
garn haben hierzu wirklich allen Grund, denn einen so  
unbedingten Anwalt ihrer Forderungen und Ansprüche  
dürftigen sie „hierzulande“ kaum wieder finden. Nicht  
ein Wortchen des Tadels oder der Mißbilligung fand  
Dr. Smolka gegenüber dem Gebahren der magyari-  
schen Ultras, er supponirt die Personal-Union als et-  
was Selbstverständliches, ja sogar die 1848er Ge-  
setze haben für ihn kaum ein Moment des Beden-  
kens! . . .

In der Sitzung vom 29. d. nahm Kieger im  
Namen der czechischen Partei das Wort. Das Inter-  
esse, mit dem man den Deductionen des Führers der  
Czechen entgegen sah, hatte in mehrfacher Hinsicht seine  
gute Begründung. Namentlich war man und mit  
Recht auf die Haltung gespannt, die der Mann, der  
vor 13 Jahren das energischste Votum gegen die  
Vorlassung der ungarischen Deputation in der Reichs-  
versammlung abgab, heute der ungarischen Frage ge-  
genüber einnehmen werde, heute, wo seine sonstigen  
und wesentlichen Punkten abweichend. Was Inhalt  
und Kern der Kieger'schen Rede anbelangt, schreibt  
die „Süd. Post“, so brachte dieselbe wenig Neues.  
Kiegers Rede schloß sich der Zahl von Mißtrauensvo-  
ten an, welche die Rechte seit gestern konsequent gegen  
die Ministerbank schleudert. Eines aber wurde aus der  
heutigen Rede des Dr. Kieger unübergebar klar: Nicht  
die Führung der ungarischen Angelegenheiten, nicht die  
dem dortigen Landtage gegenüber von der Regierung  
eingenommene Haltung ist es in der Hauptsache, wes-  
halb dem Ministerium von der czechischen Partei ein  
Votum des Mißtrauens zugebracht wird; daß jedoch  
dasselbe Ministerium, das die Auflösung des ungaris-  
chen Landtages mitveranlaßte, daß dieses Ministerium  
das Patent vom 26. Februar geschaffen — das ist die  
Sünde, und der Moment scheint gut, sie zu rächen.  
Es hat übrigens mit diesem Mißtrauensvotum von  
Seite der czechischen Partei sein eigenes Bewandniß.  
Dr. Mühlfeld bedachte schlagend genug den Wider-



Spruch auf, in dem unsere Rechte sich gefüllt; sie warnt vor jeder Intervention in der ungarischen Frage, sie hält sich nicht für berufen zur Abgabe eines Vertrauensvotums, wohl aber eines Misstrauensvotums. Allein Dr. Rieger selbst hat heute die Haltlosigkeit dieser Misstrauensmanifestation argumentiert. Er fragte: „Stehen etwa die Namen der hier anwesenden Minister auf dem k. Rescripte, oder steht dort der Name des Grafen Forgach?“ Nun denn, so möge Herr Dr. Rieger dem Grafen Forgach, resp. dem ungarischen Theile der Regierung ein Misstrauensvotum erteilen — hat doch seiner Ansicht nach das gewissermaßen engere Ministerium mit den Ungarn gegenüber ergriffenen Maßregeln nichts zu schaffen. Von den ungarischen Angelegenheiten spricht die tschechische Fraction — den 26. Februar meint sie!

Ein wahres Ereignis, schreibt die „Nid. Post“, war die Rede des Abg. Bischof Litwinowicz. In einem solcher prägnanten Gegenfaze haben wir die russischen Verhältnisse zu den polnischen nie behandelt gehört; Herr Bischof Litwinowicz erklärte das Königreich Galizien und Lodomerien als die Wiederherstellung des alten ruthenischen Königreichs Galiz und Wladimir und pries Namens seiner Landsleute den Schutz, den die kaiserlichen Gesetze ihnen seit 80 Jahren gegen die Unterdrückung gewährt, die sie bis dahin unter der polnischen Herrschaft zu erdulden hatten. Er pries das Institut des engern Reichsrathes als die höhere Instanz, die von der Autonomie der Landtage noch eine Appellation zulässt. Die Rede brachte eine außerordentliche Sensation in beiden Lagern der Versammlung hervor, wenn auch in entgegengesetzter Richtung.

**Δ Wien, 29. August.** Der Pressegesetzentwurf, dem zuerst die „Presse“ veröffentlichte, enthält eine Gesamtheit von Bestimmungen, durch welche eine wirklich freie Presse geschaffen wird, wie dies auch aus den betreffenden Artikeln der „Donauzeitung“, die Sie Ihrem Publikum zugänglich gemacht haben, ganz unwiderprechlich sich ergibt. Hiesige Zeitungen haben aber ihre äußerste Unzufriedenheit mit dem Gesetzentwurf zu erkennen gegeben, weil die Strafen auf die Pressvergehen zu streng wären. Haben denn diese Blätter den Vorschlag, Pressvergehen zu begen? Wenn sie von der Pressefreiheit jetzt, da die Regierung die Bestimmungen der Presfordnung von 1852 und der Novelle von 1859 selten mit Strenge in Anwendung bringt, einen weiseren und gemäßigteren Gebrauch gemacht hätten, so würde für die zu erwartende Zeit der Wirksamkeit eines wahrhaft freisinnigen Pressegesetzes die Strafgesetzgebung für Pressvergehen im Entwurfe viel milder ausgefallen sein. Aber benutzen nicht tschechische, polnische, deutsche u. s. w. Zeitungen das gegenwärtige Interregnum, wenn man sich so ausdrücken darf, nicht bloß um die Verfassung des Reichsrathes u. s. w. aufs Bitterste anzugreifen und wenn ihr Vorfall gelänge, in Verachtung zu bringen, sondern sichern sie nicht auch den Nationalitätenhaß, und bestreben sie sich nicht ohne Unterlaß, die centrifugalen Elemente des Kaiserstaates auf den äußersten Grad der Gefährlichkeit zu steigern? Halten nicht „Nid und West“ gestern Garibaldi verhetzt? Eben weil in Oesterreich so viele centrifugale Elemente vorhanden sind, muß die Strafgesetzgebung in Betreff der durch die Presse begangenen Vergehen und Verbrechen strenger sein, als in Staaten wo es keine jener Elemente oder sie nur in geringem Grade giebt. Das, hoffen wir, wird der Reichsrath, wenn er über den Pressegesetzentwurf zu verhandeln haben wird, vor Allem sich zur Richtschnur sein lassen, nicht aber, wie hiesige Blätter erwarten, den Entwurf total umgestalten, was ihm auch schwerlich gelingen könnte, da in Folge einer totalen Umgestaltung der Pressegesetzentwurf nicht zum Gesetz erhoben werden, sondern die alte Presfordnung fortdauern und angewendet werden würde.

#### Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 29. August.

Vorsitzender: Präsident Dr. Hein.  
Auf der Ministerbank die Herren: v. Schmerling, Frh. v. Meslery, Kaiser, Frh. v. Pratobevera, Graf Wickenburg und Contracmiral Willersdorf.

Nach Mittheilung mehrerer Schriftstücke und Petitionen wird zur Fortsetzung der Generaldebatte über den Adresseentwurf geschritten. Es haben sich abermals 4 Redner zu derselben einschreiben lassen.

Häuser schließt sich den im Adresseentwurf ausgesprochenen Grundfäden im allgemeinen an, Amendements für die Specialdebatte vorbehaltend. Die gestrige Debatte hat auf ihn einen sehr peinlichen Eindruck gemacht; ein alles verneinender Geist hat sich in derselben auf einer Seite des Hauses vernehmen lassen. Verunsicherung des vom Hause in dieser großen Frage angenommenen Standpunktes ist es, wenn immer von persönlichen Connivenzen und Eitelkeiten gesprochen wird. Ferner, wozu sollen die ewigen Rückblicke in die Vergangenheit, da es doch Aufgabe des Hauses ist, an der Zukunft zu arbeiten? (Bravo.) Mit jenen Rückblicken will man nur ein völlig ungegründetes Misstrauen nicht nur gegen Personen, sondern auch gegen das neue System ausdrücken. (Bravo.) Wer solches Misstrauen hegt und in so verzweifelter Stimmung befangen ist, kann nicht an der Zukunft mitbauen und möge sich ins Privatleben zurückziehen. (Großer Beifall.)

Der Redner beleuchtet den Glanz-Martini'schen Adresse-Entwurf und bekämpft die gegen die Kompetenz des Hauses, gegen die Opportunität der Adresse, in dieser Angelegenheit von diesem Entwurf erhobenen Einwürfe. Das Haus hat keine Entscheidung, sondern nur eine Meinungsäußerung und — den Ungarn gegenüber — eine Rechtfertigung abzugeben, die gleichzeitig Recht und Pflicht des Hauses ist.

Redner erklärt sich gegen die Ansicht derjenigen, die

eine völlige Zurückhaltung in dieser Angelegenheit befehligen; er behauptet, daß eine Erörterung, ob das Recht der Ungarn im Momente, in welchem das October-Diplom erlassen wurde, aufrecht stand, gar nicht am Orte sei, und spricht gegen die gestern gegebene Parallele, daß das österreichisch-ungarische Verhältniß nur ein Vertragsverhältniß mit den daraus sich ergebenden Konsequenzen sei. (Bravo.)

Aber selbst wenn keine ungarische Revolution gewesen wäre, so ist doch die sog. privatrechtliche Konstruktion des Staates nach der Lehre der ersten Autoritäten eine ausgegebene Sache; es gibt ein höheres Recht des sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelnden Staates, und dieses Recht der österreichischen Monarchie protestirt gegen jene Pergamente, die da Recht und Gesetz wie eine ewige Krankheit fortgeerbt wissen wollen. (Bravo.)

Der Collisionsmoment, in welchem dies höhere Recht gegen dualistische und vielleicht pluralistische Forderungen zur Geltung gebracht werden soll, ist eingetreten; Föderativstaaten können zwar unter gewissen Umständen möglich sein, so in Schweden und Norwegen, das abseits von den großen staatlichen Bewegungen liegt, so in Amerika, wo Raum zum Ausweichen ist, nicht aber in einem continentalen Centralstaate wie der unsere, wo der Föderativstaat der unglückliche Anfang vom Ende sein und Europa mit einer Anzahl Titularstaaten bereichern würde, die im vorhinein dem Verfall geweiht sein würden.

Man hat behauptet, wir befänden uns auf einer abschüssigen Bahn. Zugegeben, aber auch auf dieser müssen wir flüchtig die Existenz der Monarchie, unserer, und des Kaisers guten Rechts bewußt vertheiligen. In diesem Sinne stimme ich für die Adresse. (Lebhafter Beifall.)

Dobrzan'ski gegen den Adresseentwurf. Er anerkennt das Recht des Monarchen zur Auflösung des ungarischen Landtages, protestirt aber dagegen, daß dem Ministerium in dieser Angelegenheit vom Hause Unterstützung in Form eines Vertrauensvotums zu Theil werden solle; ein solches aber ist ihm die Adresse. Das Ministerium habe das konstitutionell-monarchische Princip in Oesterreich und Europa gefährdet, eine Behauptung, die der Redner in längerer Auseinandersetzung, die auch die Geschichte der vergangenen Jahre berührt und wobei er in der Journalistenloge häufig nur schwer verständlich ist, zu begründen sucht.

Die Regierung habe den im October-Diplom und mit den Februar-Gesetzen vorgezeichneten Boden verlassen.

Ritter v. Waser für den Adresseentwurf. Der Schwerpunkt der ganzen Debatte liegt in der Stellung, welche die Regierung in der ungarischen Frage eingenommen hat. Die Frage ist hier zur Anregung gebracht worden und darum ist das Haus berechtigt und verpflichtet, sich mit ihr, die eine Lebensfrage für Oesterreich ist, zu beschäftigen. Man hat auf der anderen Seite des Hauses die Kompetenz des Reichsrathes in dieser Angelegenheit bestritten; die Grundfesten des Staates sind jedoch erschüttert und wir sollen der staatlichen und der eigenen Existenz halber nicht reden und die Verfassung nicht beschützen dürfen? (Bravo.)

Jeder soll und muß vielmehr sprechen, dem an der Existenz der Verfassung gelegen. Auch die Einwendung, man gehe auf einer abschüssigen Bahn, wenn man über die Angelegenheiten der hier nicht vertretenen Länder spreche, ist nicht stichhaltig. Es handelt sich um eine Rettung des Ganzen, um Selbsterhaltung. (Bravo.)

Bei der Betrachtung des Hülfsmittels von Citaten, mit dem man das äußerste Recht Ungarns vertheidigen will, ergibt sich, daß in Ungarn Theorie und Anwendung einander thatsächlich widersprechen haben. Ferner können, wie bereits gesagt wurde, staatsrechtliche Verhältnisse nicht als Vertragsverhältnisse angesehen werden, denn der Herrscher ist bekanntlich verpflichtet, den Bestand des Ganzen zu sichern, wobei von einem sic volo, sic jubeo, keine Rede ist. (Bravo.)

Wahr ist, daß es kein Recht zur und aus der Revolution gibt; gewiß aber gibt es eines gegen die Revolution. (Bravo.)

Unrichtig ist die Behauptung, daß in ererbten Verfassungen keine Aenderung eintreten könnte. Wäre dem, so gebe kein lebendiges, sondern nur das todte Reich starrer Stabilität.

Die Fragen, ob die eingenommene Stellung auch weise und patriotisch war, ob man im magyarischen Sonderleben den nichtmagyarischen Volksstämmen gerecht werden könne, wurde vom Redner erschöpfend beleuchtet; er gelangt zur Schlussfolgerung, daß ein Gesamtösterreich eine unbestreitbar politische Nothwendigkeit sei. Wie aber soll Ungarn mit Oesterreich verfährt werden? Das lebendige Recht und die Freiheit werden den Weg dazu zeigen. Die Form der gemeinsamen Behandlung mag immerhin geändert werden, wenn nur dem Reiche bleibt, was ihm bleiben muß. Solchen Transaktionen wird sich hier Niemand entgegenstellen wollen. Aber auch ein freibewilliges Ausbauen ist ein zum Ziele führendes Mittel. (Bravo.)

Rieger beleuchtet zunächst den von seiner Partei eingenommenen politischen Standpunkt. Der ministeriellen Mittheilung gegenüber, für welche die konstitutionelle Terminologie keinen scharfzeichnenden Namen hat, sei sie in Verlegenheit; schließlich betrachte sie dieselbe als eine von der Krone ausgegangene Kommunikation, der gegenüber schon die Courtoisie eine Erwiderung erheischt. Die Minorität hat das Resultat ihrer Beratungen in dem Adresseentwurf Glanz-Martini niedergelegt.

Was die Kommunikation von kaiserlichen Akten anbelangt, wurde von seiner Partei mit gebührender Ehrfurcht aufgenommen. Aber die Kommunikation ist auch ein Ministerprogramm und kann als solches einer Kritik unterzogen werden.

Zu konstitutionellen Formen, wie der Kaiser sie versprochen, gehört auch die Prüfung eines Regierungsprogrammes. Unkonstitutionell verfährt das Ministerium, wenn es den Namen Sr. Majestät in die Debatte bringt.

Der Redner anerkennt die Kompetenz des engere Reichsrathes in der ungarischen Frage nicht, will aber doch der an das Haus gelangten Aufforderung des Ministeriums entsprechen und eine Meinung aussprechen. Auch vor dem Kaiser soll diese Meinung loyal und ehrlich ausgesprochen werden. (Bravo.)

Nach den letzten Akten erscheint auch das Gesamtministerium in der ungarischen Frage dem Hause verantwortlich, und der Redner erklärt sich gegen die Aktion des Kabinetts, die schon durch den schlechten Erfolg verurtheilt sei. Das Ministerium sei von der Vereinbarung mit Ungarn, wie sie der Kaiser festgesetzt, abgegangen und habe nicht sowohl patirt als diktiert.

Winterstein: Ich will mich darauf beschränken, gegen Smolka's Kritik derjenigen Stellen der Mittheilung, wo von Stöckung des Verkehrs gesprochen wurde, Einiges zu bemerken. Er will aus dem Baue von 128 Häusern in Pest im letzten Jahre einen Aufschwung erblicken; mir beweist die Entziehung von Capitalien durch Bauten in einem so finanzarmen Lande wie Ungarn eine Calamität für den Verkehr, und beweist nur, daß man das Capital dem unbefügten Verkehr entziehe und sicherstellen wollte.

Von meinem Standpunkte und meinen Erfahrungen aus muß ich sagen, daß die Behauptung der Mittheilung wahr sei. Ein ehrenwerther Rechtsfreund schrieb mir bei einer Klage, die ich anstrengen wollte, ich möchte sie auf sich beruhen lassen; an ein Resultat sei unter den jetzigen Umständen nicht zu denken. Ungarn exportirt Rohproducte und importirt Industrieproducte. Die Fabrikation hat den letzten Vorgängen mit Vandalen entgegengesetzt. Viele Industrielle wollten sich in gar keine Beziehung einlassen.

Schlesien hat seinen Zuckerabfuhr in Ungarn meist aufgegeben und sucht Absatz in Italien. Die Aufhebung der Personalhaft war kein Mittel den Credit zu heben. Der ungarische Handelsstand hat sich gegen die Einführung des alten Wechselgesetzes ausgesprochen. Ungarn hat einen namhaften Export. Die Producte werden aber da nicht bei Uebergabe gegen Geld ausgetauscht, man schließt Verträge und gibt Geld voraus. Viele halten sich jetzt von solchen Geschäften zurück.

Daß in den letzten zwei Jahren dennoch eine Vergrößerung des Exports eingetreten ist, hat Gottes Segen verursacht, der eine reiche Ernte bescheerte, und die Verbesserung der Communicationsmittel. Die Regierung hat zwei concurrirende Unternehmungen, die Eisenbahn und Dampfschiffahrt, subventionirt, und im Nothfalle werden wir Alle die Zinsen zahlen.

Die Zehrbahn hat Prioritäts-Obligationen, sie sind in der Hand der Erbittanten; die Zinsen sind in den Händen der Bevölkerung. Ich anerkenne, daß die Wege, welche die Regierung eingeschlagen, die einzigen Wege zur Herstellung des Vertrauens sind, die Rechtssicherheit allein kann es heben. Ich stimme für die Adresse.

#### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 29. August.** Sr. Majestät der Kaiser ist heute früh 9 Uhr nach Wien gekommen und hat bald darauf die Herren Minister, dann den künftigen ungarischen Hofkanzler Grafen Forgach empfangen, hierauf die gewöhnlichen Audienzen erteilt, wozu sich bei 50 Personen eingefunden hatten.

Sr. kais. Hoheit Herr Erzherzog Carl Ludwig, welcher einen Ausflug in die Schweiz gemacht hatte, ist von dort bereits in Salzburg eingetroffen. Dessen Ankunft in Schönbrunn wird in einigen Tagen entgegen gesehen.

Ihre kais. Hoheiten Herr Erzherzog Ferdinand Max und Gemalin haben den Aufenthalt zu Schönbrunn genommen.

Die Vermählung der Prinzessin Clementine von Neapel mit dem Erzherzog Carl von Toscanawird am 9. September in Rom stattfinden. Das neuvermählte Paar wird wenige Tage nach den Hochzeit hier eintreffen.

Der k. k. Hofkammer Fürst Richard Metterich ist heute in Begleitung des Prinzen Lothar Metternich nach Königsbrunn abgereist.

Der k. k. Internuntius Baron v. Prokesch-Osten wird nächste Woche von Gastein hier eintreffen und begibt sich sodann auf seinen Posten nach Konstantinopel.

Der Hr. FML. Frh. v. Mamula hatte heute Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser.

Der Reichshistoriograph Friedrich v. Hurter ist schwer erkrankt.

Ueber die Schließung des Pesther Comitats-Ausschusses bringt das Abendblatt der amtlichen „Wiener Zeitung“ an seiner Spitze folgende Mittheilung: „Das Pesther Comitathat in seiner Generalversammlung am 26. August auf Antrag des zweiten Vicepräsidenten von Bóthy beschlossen, dem Protocoll des ungarischen Landtages in Bezug auf die Auflösung in allen Punkten beizupflichten und alle übrigen Comitats zu einem gleichen unbefugten Vorgehen mittelst Circular-Aufrufe aufzufordern. Da der Ausschuss des besagten Comitathes hiedurch die Grenzen seines gesetzlichen Wirkungskreises überschritten hat und die Rechte des Königs von Ungarn angreift, so hat der Ausschuss wieder jene gefährliche Agitationsbahn betreten, auf welcher die Begründung der Wohlthat aller Länder der Monarchie, also auch Ungarns, und die Kräftigung und Sicherstellung des Staates nicht erreicht werden könnte. Es war demnach eine unabwiesliche Nothwendigkeit, nebst der Ungültigkeits-Erklärung

dieses Beschlusses die augenblickliche Schließung der Ausschüssungen mittelst der k. ungarischen Statthalterei anzubefehlen und gegen den Antragsteller und diejenigen, welche die Motion unterstützt haben, die Untersuchung mittelst eines nachträglich zu ernennenden königlichen Commissärs einzuleiten. Es ist durch diese kräftige, aber höchst nöthige Maßregel die Landesverfassung nicht nur nicht verletzt, sie ist vielmehr durch Wahrung der königlichen Rechte gegen Angriffe geschützt, welche nicht geeignet waren, ihre Dauer und geordnete Wirksamkeit zu befestigen.“

Wie der „Pester Lloyd“ meldet, werden die israelitischen Advocaten candidaten der künftigen ungarischen Tafel eine Denkschrift überreichen, in welcher die gesuchte Berechtigung der Israeliten zur Erlangung der Advocatur grundhäftig nachgewiesen werden soll.

Der Borsoder Honvedunterstützungsverein wollte zur Förderung seiner Zwecke am 26. d. in Miskolcz einen Ball veranstalten. Derselbe wurde jedoch von Seiten der Statthalterei untersagt.

#### Deutschland.

Sr. Maj. der König von Baiern hat gestattet, daß im nächsten Jahre die Generalversammlung des Central-Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung in Nürnberg gehalten werde.

Wie aus München 28. August geschrieben wird, hat der päpstliche Nuntius, Fürst Chigi, bis jetzt noch keine Kenntniss von einer Verlegung nach Paris. Er hat das Haus des verlebten Staatsministers Freiherrn v. Gise in der Prannersgasse gemietet und wird es alsbald beziehen.

Wie die „Pr. Zig.“ vernimmt, wird Sr. kais. Hoheit der Prinz von Wales den Rhein-Mandern bewohnen.

Der bisherige preussische Minister-Resident in Rio de Janeiro, Frhr. v. Meusebach, ist vor einigen Tagen in Europa eingetroffen und beabsichtigt ärztliche Behandlung in der k. Provinzial-Irrenanstalt zu Halle unterbracht worden. Frhr. v. Meusebach hatte bekanntlich wegen der Wärme, mit der er sich der deutschen Einwanderer in Brasilien annahm, sich den bittersten Haß der Brasilianer zugezogen. Seine gegenwärtige gestrige Zerrüttung soll Folge des Genußes von Kautschuk sein.

Am 26. nahm der zweite deutsche Juristentag in Dresden seinen Anfang. Um 6 Uhr Abends versammelten sich die Mitglieder in dem festlich geschmückten Saale des kaiserlichen Bades, woselbst sie von Sr. Excellenz dem Hrn. Justizminister Dr. Wehr persönlich empfangen wurden. Zur Verschönerung des mehrstündigen geselligen Beisammenseins, wobei die Versammlung von Seite des k. sächsischen Justizministeriums bewirthet wurde, trug der Dresdener Sängerverein mehrere Festgrüsse vor. Am 27. Vormittags wurde die erste Plenarversammlung gehalten. Prof. Dr. Bluntzli aus München wurde zum Präsidenten erwählt. Unter den vier Vicepräsidenten ist Professor Unger, unter den Secretären Dr. Jagers aus Wien. Die Versammlung beschloß den Mitgliedsbeitrag von 3 auf 2 Thlr. herabzusetzen, dafür aber 1 Thlr. Mitgliedsgebühr für die Versammlung besuchenden Mitglieder einzuführen. Unter den weiteren Beschlüssen befindet sich der ausgesprochene Wunsch der Versammlung, daß ein gemeinsames Gesetz über das deutsche Obligationenrecht, so wie eine gemeinsame Strafgesetzgebung baldigst zu Stande kommen möge. Mittags war gemeinschaftliches Diner; Nachmittags Excursion nach Weissen.

#### Frankreich.

**Paris, 27. August.** Die „Indépendance“ hatte nach dem „Cour. de la Gironde“ gemeldet, daß der Kaiser Mitt. d. in Bordeaux eintreffen werde. Das „Pays“ sagt: „Der Kaiser wird sich morgen nicht nach Bordeaux begeben und präsidiert morgen dem Ministerrath. Er reist erst nächsten Sonnabend von hier nach Biarritz ab.“ Gestern hat der Kaiser den General Vissus empfangen und seine Zustimmung zur Eröffnung eines großen, nach dem Plane des alten afrikanischen Officiers einzurichtenden Festes in Algerien erteilt. Im Lager von Ghalons werden gegenwärtig neue vom General Schramm geleitete Genanterie-Mannöver eingeübt. Der Marschallrath soll später über deren definitive Einführung in das Armeexercitium entscheiden. — Durch kaiserliches Decret sind Mgr. Maret, Bischof von Sura in part. und Mgr. Jeancard, Bischof von Ceramus in part. zu canonicen erster Klasse im kaiserlichen Kapitel von St. Denis ernannt worden. — Mgr. Nardi, der den Auftrag zu haben scheint, alle Erzbischöfe und Bischöfe von Frankreich zu besuchen, hat sich heute nach Vannes begeben. — Unter den Reden welche alljährlich bei Eröffnung der Generalrathsitzungen in allen französischen Departements gehalten werden, wird die des Herrn Lagueronniere hervorgehoben, die das Thema der Verschmelzung des Freiheits- und Autoritätsprincips behandelt. — Dagegen ist Hr. v. Verigny wider Erwarten nicht zur Eröffnung des Generalraths des Norddepartements nach St. Omer gekommen; Sr. Excellenz schickte Unwohlsein vor, doch ist es wahrscheinlich, daß er, weniger redelustig als Herr von Lagueronniere, eine Rede mit obligaten Ausflügen auf politisches Geld ausweichen wollte. Der Herr von Morny hat als Präsident des Generalconferes von Puy de Dome eine Rede gehalten, worin er sagte, der Friede der Welt sei gesichert. — Wie es heißt, werden die Audienzen des Staatsrathes als Sendboten in die Provinzen geschickt werden, um die Berichte der Präfecten über die öffentliche Meinung zu constatiren. Von den Resultaten dieser Unternehmung wird es abhängen, ob der gescheitende Körper im Laufe dieses Jahres aufgelöst werden wird. — Hr. Cremieux beendete heute sein Plaidoyer für Mirès, das einen großen Eindruck hervorgebracht hat. Die Staatsbehörde ergriff nach ihm das Wort. In der morgigen Sitzung



erfolgen die Repliken der Vertbeidigung. Der Standpunkt von dem der Herr Gremieur diese Angelegenheit betrachtet und beurtheilt, ist ein ganz anderer als der, auf dem sich die Herren Mathieu und Plocque gestellt haben. Die beiden letzteren traten als einfache Advokaten auf, die das geschriebene Recht für Recht betrachteten, während es Herrn Gremieur, dessen Familienbeziehungen, dessen ganzes Leben ihn mehr mit der Börse in Verbindung brachte, vergönnt war, einen Börsenmann als Börsenmann zu verteidigen. Unter diesen Umständen kann man wohl sagen, daß die Herren Mathieu und Plocque Herrn von Mirès schlecht verteidigten; dennoch zeigte sich letzterer nicht undankbar, denn er ließ einem Jeden die für einen ruinirten Banquier sehr bedeutende Summe von 1000 Fr. auszahlen. — Man schreibt von Cherbourg, daß das Dampfschiff Le Napoleon seine Fahrproben beendet hat und sich, wie man versichert, zur Verstärkung der Flottendivision des Gegen-Admirals Locapille nach Toulon begeben wird. — Zwischen Dünkirchen und Leith (Schottland) ist eine reguläre Dampfschiffahrt eingerichtet worden. Dasselbe soll auch zwischen Havre und Glasgow geschehen, auf welcher Linie der Dampfer Belfast und wahrscheinlich auch Dublin anlaufen werde.

Der Kriegsminister hat befohlen, eine statistische Zusammenstellung der Departements zu veranlassen, wo Pferde gezüchtet und wo sie zum Pfluge verwendet werden oder nicht, um dadurch genaue Kenntniß der Gegenden zu erlangen, wo nöthigenfalls Cavalleriepferde rekrutirt werden könnten. — Wie man versichert, wird ein Theil der nicht permanenten afrikanischen Armee in nächster Zeit nach Frankreich verlegt und in Algier durch Regimenter aus den südlichen Garijso ersetzt werden.

Die „Times“ hat auch im Lager von Chalons einen Special-Correspondenten, der über Exercitium, Lagerwirtschaft u. dgl. Bericht erstattet und viele französische Einrichtungen der englischen Armee zur Nachahmung empfiehlt. Nach seinem letzten Schreiben sah er auch den Kaiser in der Nähe. Der Kaiser, sagt er, steht älter aus und stärker, als in Italien, und scheint beim Gehen sich anstrengen zu müssen. Wenn er im Sattel sitzt, merkt man nichts davon, aber wenn er zu Fuß geht, fällt es sehr in die Augen.

Die Ateliers und Magazine der Ardennenbahn zu Mohan bei Metz wurden durch einen Brand fast gänzlich zerstört; die Gebäude bedeckten einen Raum von 3000 Meter; der Schaden ist 1.200.000 Fr. geschätzt.

**Großbritannien.**

London, 27. August. Prinz Leopold wird dem Bräutigam nach auf den Rath der Königin den nächsten Winter in einem milden Klima verbringen und somit im October eine Reise nach Italien antreten. Der Prinz wird bloß von seinem Gouverneur, seinem Arzt und Hofmeister begleitet. (Prinz Leopold ist erst acht Jahr alt; am 7. April 1853 geboren.)

Man schreibt aus Dublin, daß die große Parade auf dem Curragh am Sonnabend in Gegenwart eines ungeheuren, aus allen Theilen der grünen Insel zusammenströmenden Publicums stattfand und sehr glänzend, aber nicht weniger als trocken abließ. Es regnete „mit Kannen.“ Die Königin suchte sich einige Minuten lang mit dem Regenschirm zu schützen, mußte aber den Versuch bald aufgeben und mit Widerstreben ihren Wagen schließen lassen. Dafür hatten der Prinz-Gemal in seiner Feldmarschalls-Uniform, Prinz Alfred und der Prinz von Wales Gelegenheit, ihre Ausbauer zu zeigen. Sie saßen während des einstündigen Regenschirmes Statuen gleich zu Pferde und wurden bis auf die Haut naß. Erst am Abend hatten sie Gelegenheit, Wälder und Kleider zu wechseln. Am Sonntag blieb das Wetter trüb, kalt und naß. Am Montag Mittag sollte die Reise des Hofes nach Killybegs beginnen, und da die Regenschauer von Killybegs wegen ihrer Ausdauer berühmt und berüchtigt sind und das Wetterglas sich auch gestern nicht aufheitern wollte, so wird wohl das Vergnügen großentheils zu Wasser werden. Die irischen Blätter beklagen nicht nur die Königin, sondern mehr noch das Land.

**Italien.**

Nach einem Berichte der „Allgem. Zeitung“ aus Neapel vom 13. August stehen außer den regulären Truppen, der Gendarmerie, der regulären Nationalgarde und der ungarischen Legion 69 Bataillone mobiler Nationalgarde im Felde gegen die Aufständischen. Giardini will nunmehr die reguläre Armee in vier große Lager vertheilen, von denen das erste bei Aquila, das zweite bei Neapel, das dritte bei Sarantio und das vierte bei Gosenza errichtet werden soll. Die Lager sollen aber von frischen, aus Ober- und Mittel-Italien berufenen Truppen bezogen werden, da die bis jetzt gegen die Aufständischen verwendeten Truppen unsäglich gelitten haben sollen.

Im päpstlichen Gebiete sammelten sich nach einer darüber in Rom eingegangenen statistischen Notiz während der letzten Monate über zwölfhundert Individuen, welche sich der piemontesischen Conscription durch die Flucht zu entziehen wußten.

Aus Rom wird der „N. Preuss. Bzg.“ geschrieben: Wenn der Präsident des Züriner Ministeraths (Ricasoli) noch länger auf seiner bisher ergebnislosen Vermittelung beharrt, anstatt einer der Fractionen einfach die Hand zum Bunde zu reichen, so muß er nächstens an den Rückzug denken, da ihm selbst hier die Vorwärtsparthei vorwirft, sein feierliches Versprechen, wegen der sofortigen Eröffnung Venetiens und Roms schlecht erfüllt zu haben. In der hiesigen Römischen Nationalkirche San Giovanni dei Fiorentini, wo die Ricasoli von früherher eine Familiengruft haben, wurden auf den Grab- und Denksteinen derselben aberhand darauf bezügliche Mahnungen und Anschläge besunden.

Giardini hat an den Syndik der Stadt Neapel folgendes Schreiben gerichtet: Sehr illustre Herr!

Ich fühle das Bedürfnis, der patriotischen Municipalität dieser illustren Stadt meine große Dankbarkeit für die von Ihnen ergriffene Initiative auszusprechen, auf daß der Jahrestag des Einzugs des General Garibaldi mit der Solennität begangen werde, die ein so großes und glückliches Ereignis erheischt. Dadurch ist die Municipalität den Wünschen des Landes zuvorgekommen, hat sie meine eigenen Wünsche erfüllt und den Intentionen des Königs entsprochen. Die Ankunft des berühmten Dictators in Neapel ist die merkwürdigste That, welche die Kühnheit jemals vollbracht hat, das erfolgreichste Ereignis, welches die Geschichte der Revolution erzählt. Jedes Herz, welches für die Freiheit unseres Landes schlägt, wird mit Ehrfurcht diesem Feste beiwohnen. . . . Nur unseren Gedanken, den besiegten (!) Bourbonen, könnte der Gedanke befallen, dieses Fest durch eine unpassende Unordnung zu stören. Sie mögen es thun! Die Bajonnette der Nationalgarde und der Linie werden dem Feste Achtung zu verschaffen und denjenigen den Verstand wiedergeben, welche ihn verloren haben! So schreibt Giardini, der entscheidendste Gegner Garibaldi's.

Die „Köln. Bzg.“ widmet dem General Giardini einen biographischen Artikel, der mit Bekenntnissen schließt, mit welchen die „Köln. Bzg.“, durch die letzten Ereignisse im Königreich beider Sicilien belehrt, frühere Anschauungen in loyaler Weise modificirt. Sie sagt: . . . Trotz aller Lobes, das Giardini von seinen Freunden ertheilt wird, muß man doch sagen, daß er ein Kopf und von starken Ueberlieferungen nicht frei ist. Sein Zornwuth mit Garibaldi war ihm am Ende noch eher zu verzeihen, als seine neuesten Versuche mit den Mazzinisten. Ein Soldat Viktor Emanuel's sollte am wenigsten vergessen, daß Mazzini der Fluch Italiens ist, und daß die gegenwärtige Erhebung Italiens so gut wie die von 1848 im Sande verlaufen muß, wenn es den Republikanern wieder gelingt, die monarchische Bewegung zu durchkreuzen. Trotz aller Züriner Nachrichten von den Erfolgen Giardini's ist ein Ende der Unruhen in Neapel noch nicht abzusehen und mag man auch Giardini's Menschensfreundlichkeit rühmen, so ist doch ausgemacht, daß er mit Erhebungen und anderen strengen Maßregeln nicht sparsam umgeht. Die Gewalt herrscht in Neapel, wie ehemals unter den Bourbonen, und man kann zu Entschuldigungen nur anführen, daß die Gewalt damals auch im Frieden herrschte, und man es jetzt nur mit einem vorübergehenden Kriegs- und Ausnahmezustande zu thun habe. Wir wollen es hoffen, daß dieser Zustand bald vorübergeht; aber die Schwierigkeiten, auf welche die Vereinigung Italiens im Königreiche beider Sicilien stößt, sind schwer zu überwinden. Die Hauptschwierigkeit ist die niedrige Bildungsstufe der Massen, welche sich nicht zu der Idee der Gebildeten von einem einigen Vaterlande erheben können. Die Piemontesen gelten ihnen eben so gut für Ausländer wie die Oesterreicher oder die Franzosen und die Unabhängigkeit des Landes ist ein bequemes Losungswort für die Anhänger der Bourbonen. Dabei haben die Sardinier, außer anderen Fehlern, sich auch unnöthige Härten gegen die Kirche zu Schulden kommen lassen, und die Geistlichkeit hat auf das Landvolk einen sehr großen Einfluß. Wenn Giardini aller dieser Schwierigkeiten Herr wird, so wird er sich einen größeren Ruhm erworben haben, als durch die Eroberung Gasta's und Messina's.

**Rußland.**

Der „Schles. Bzg.“ wird das Schreiben des Kaisers Alexander an den Grafen Lambert in wortgetreuer Uebersetzung mitgetheilt. Es lautet: Euer Graf Lambert! Indem ich Ihnen mit vollem Vertrauen die Functionen meines Lieutenant im Königreich Polen übertrage, ermächtige ich Sie zu den geeigneten Maßnahmen, um die Königreiche durch meinen Willen vom 14. (26.) März d. J. bewilligten Institutionen ohne allen Rückhalt in's Leben treten zu lassen. Ich hege die feste Ueberzeugung, daß die Bewohner des Königs Reichs Polen bei dem gefunden und aufgeklärten Sinn, der sie auszeichnet, zu der Einheit gelangen werden, daß einzig und allein in der regelmäßigen Entwicklung dieser Institutionen die Garantie des stetigen Fortschritts ihrer autonomen Verwaltung wie des öffentlichen Wohles liegt, und keineswegs in den divergirenden Meinungen und Aufregungen des Volkes, welche meinen Absichten und Intentionen hemmend entgegenstehen. — Berufen Sie zur Unterstützung Ihrer Bemühungen fähige und wohlthätige Männer, damit mir durch Ihre Vermittelung die besten Bedürfnisse meiner vielgeliebten Unterthanen vorgelegt werden, und zwar als der gesegnete Ausdruck der allgemeinen Wünsche, hervorgegangen aus einer reiflichen Inbegriffnahme ausgeübt und wohlgeleiteter Männer des Landes, und nicht als Manifestation verwerflicher Verführung, hervorgerufen durch die Feinde jeder gesellschaftlichen Ordnung. — Stellen Sie die Ruhe im Königreich wieder her; ich meinerseits bin bereit, das Vergangene gern der Vergessenheit zu übergeben und dem Vertrauen wie der Liebe der polnischen Nation sich mit gleichen Gefühnen entgegenzunehmen. — Ich gebe Ihnen die unumwandelbare Versicherung meines hohen kaiserlichen Wohlwollens. (gez.) Alexander.

Ueber Unruhen in Wilno schreibt der „Wilnaer Kurier“ vom 8. (20.) d. M. Am 31. Juli (11. Aug.) Abends begab sich ein Haufe von Männern und Frauen verschiedenen Standes nach der Vorstadt Belmont, wo sich die Mehrzahl der Trunksucht hingab und in geräuschvoller Weise bis in die späte Nacht unterhielt, ohne auf die Bitten und Aufforderungen der Polizeibeamten, die zum Auseinandergehen einluden, Rücksicht zu nehmen. Am 4. d. M. gegen 8 Uhr Abends versammelte sich behufs der Abführung einer aufreizenden Hymne aufs Neue eine aus den verschiedenen Ständen zusammengesetzte Volksmasse beiderlei Geschlechts in der Ennpieker Vorstadt vor dem Christus-Standbild. In diesem Haufen entstand unter einigen Anwesenden eine Schlägerei, welche beinahe mit einem Todtschlage geendigt hätte. Am 6. desselben Monats begab sich ein ähnlicher Haufen um 8 Uhr Abends mit Lärmen und verrücktem Geschrei nach der Vorstadt Pohlanka. Die Mehrzahl aus dem niederen Stände war nicht nüchtern. Wie bei den früheren Gelegenheiten, so hatten auch dies, Mal die Bemühungen und Maßregeln der Polizei, welche die dem Gesez zuwiderlaufenden massenhaften Versammlungen zerstreuen wollte, nicht allein keinen Erfolg, sondern einige Poli-

zebeamte erlitten sogar persönliche Beschimpfungen. Allein dies Mal waren vor dem Schläge eine Rote und hinter demselben noch 3 Rotten Infanterie aufgestellt. Der oberste Verwaltungschef des Landes, in Anbetracht, daß solche Unordnung, welche die Gemüther der ruhigen Einwohner aufregt, den allgemeinen Frieden offen bedroht, und in der Absicht, auf dem Wege der Ueberzeugung auf die tobende Volksmasse einzuwirken, ließ diesen Auftrag durch die Polizei und andere besonders dazu abgesandte Personen ausrichten. Doch alle Bemühungen waren vergebens. Die Kühnheiten aus dem Haufen gingen an, um sich den Weg durch den Schlag zu bahnen, wo sie eine Manifestation in schlechter Absicht ausführen wollten, auf die ruhig stehende Rote mit Steinen zu werfen, welche die Weiber und, wie die Soldaten bemerkten, einige als Weiber verkleidete Männer in ihren Taschen und Busen-Tüchern bei sich trugen, manche aber griffen die Rote mit Stangen an, die sie von einer Umzäunung, welche sie zerstörten, genommen hatten. Die Verwegenheit dieser Leute nöthigte das Militaircomando, dieselben mit den Kolben zurückzutreiben, und einer Eotnie (hundert Mann) Kosaken wurde befohlen, die Masse mit ihren Peitschen auseinander zu treiben, was auch von denselben ausgeführt wurde.

**Amerika.**

Daily „News“ meldet unter dem Titel „Gewaltthat gegen einen britischen Unterthan in New-York“ folgendes: „Wir erfahren von unserem Correspondenten aus Liverpool, daß kurz vor der Abfahrt des königlichen Postdampfers „Africa“ von New-York einige Polizeibeamte an Bord kamen, einen vom Staatssecretar Herrn Seward ausgestellten Verhaftsbefehl vorzeigten und Herrn Robert Muir, der früher als hochachtbarer Kaufmann in Charleston gelebt hat, gefangen fortführten. Herr Muir hatte, wie man sagt, wichtige Depeschen von Herrn Bunich, britischem Consul in New-Orleans, der ihn auch mit einem Paß versehen hatte, an Graf Russell zu überbringen.“

**Handels- und Börsen-Nachrichten.**

Wie „N. Z.“ erfährt, ist dieser Tage zum ersten Male der Versuch gemacht worden, die russische Seefahrt Agenten in dieselbe telegraphische Verbindung mit London zu bringen und zwar mit glänzendem Erfolge.

London, 29. August. Die Bank hat ihren Discount auf 4 Percent herabgesetzt.

Wien, 30. August. National-Anleihen zu 5% mit Zinsser Coup. 80.90 Geld, 81.10 Waare, mit April-Coup. 81.20 Geld, 81.30 Waare. — Neues Anleihen vom 3. 1860 zu 500 fl. 83.30 Geld, 83.40 Waare, zu 100 fl. 87.90 G., 88. — W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5%, 66 — G. 67.50 W. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 740 — G. 741. — W. — der Credit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. 399. — Währ. 174.60 G. 174.70 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. 101. — G. 102. — W. — der Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl. 140 (70%) G. 146.50 G. 147. — W. — Wechsel auf (3 Monate): Frankfurt a. M. für 100 Gulden flüss. 116.40 G. 116.50 W. — London, für 100 Pfd. Sterling 138.10 G. 138.20 W. — R. Münzkursler 6.57 G. 6.58 W. — Kronen 18.95 G. 18.98 W. — Navolondors 10.95 G. 10.96 W. — Russ. Imperiale 11.27 G. 11.30 W. — Vereinsthaler 2.05 G. 2.05½ W. — Silber 186.75 G. 187. — W.

Lemberg, 27. August. Auf den gestrigen Schlachthausmarkt kamen 232 Stück Ochsen und zwar aus Nordol 4 Bandeln à 10, 30, 12 und 52 Stück, aus Pestenice 45, aus Szeged 2 Partien zu 4 und 6 St., aus Zoltu 3, aus Szeged 2, aus Wybranowa 20, aus Blazna 22 und aus Dawidow 20 St. Von dieser Anzahl wurden — nach der „Z.“ — am Markte 222 St. für den Verkaufsdarf verkauft und man zahlte für 1 Ochsen der 3½ Pfund Fleisch und 40 Pfund Unschlitt, wogegen 61 fl. 50 kr.; dagegen kostete 1 St., welches man auf 390 Pfd. Fleisch und 90 Pfd. Unschlitt schätzte, 112 fl. 50 kr. Im Durchschnitt betrug das Schlachtgewicht pr. St. 353 Pfd. Fleisch und 60 Pfd. Unschlitt und der Durchschnittspreis stellte sich pr. Stück mit 83 fl. 61 kr. heraus.

Lemberg, 28. August. Vom heutigen Markte notiren wir folgende Preise: 1 Weizen (82 Pfd.) 4 fl. 45 kr.; Korn (75 Pfd.) 3 fl. 14 kr.; Gerste (64 Pfd.) 1 fl. 82 kr.; Haber (42 Pfd.) 1 fl. 69 kr.; Haideu 2 fl. 76 kr.; — Gerste 1 fl. 22 kr.; — 1 Centner Korn 1 fl. 2 kr.; Schabholz 69 fr.; Buchenholz pr. Klafter 16 fl. 50 kr. Kieferholz 12 fl. Der Verkauf im Kleinen ohne Preisveränderung.

Krautau, 30. August. Auf hiesigem Markte stellten sich die Durchschnittspreise folgender Waaren: Für den niederösterreichischen Weizen 5 fl. 37 kr. — Korn 3 fl. 55 kr. — Gerste 2 fl. 25 kr. — Hafer 1 fl. 25 kr. — Kukuruz — fl. — fr. — Kartoffeln 1 fl. 12 kr. — für den Centner Heu — fl. 75 kr. — Stroh 70 kr. öfter. Währ. — Krautau, 30. August. Silber-Rubel 100 fl. poln. 111 verl., 1 fl. poln. 109 gr. — Poln. Banknoten für 100 fl. öfter. Währung fl. poln. 347 verlangt, 341 bezahlt. — Preuss. Soudant für 150 fl. öfter. Währ. 73½ verlangt, 72½ bezahlt. — Russ. Silber für 100 fl. öfter. Währ. fl. 137. — verlangt, 136. — bez. — Russische Imperiale fl. 11.32 verl., 11.16 bezahlt. — Napoleonsd'ors fl. 11.07 verlangt, 10.92 bezahlt. — Holländische holländische Dukaten fl. 6.46 verl., 6.36 bezahlt. — Holländische öfter. Rand-Dukaten fl. 6.56 verl., 6.46 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst Lauf. Coup. fl. v. 100½ verl., 99½ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst Lauf. Coup. in öfter. Währung fl. 81½ verl., 81 bez. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Conv. = Münze fl. 88 verlangt, 85 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen in österreichischer Währung fl. 68 verlangt, 67½ bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. 67½ verl., 67 bez. — 70½ verl., 70½ bezahlt. — Aktien der Carl-Ludwigbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 70% fl. öfter. Währ. 147 verl., 145 bez. mit der Einzahlung von 30% fl. öfter. Währ. 65 verl., 64 bezahlt.

Kottzeuburg in Lemberg am 28. August: 25. 87. 84. 58. 10. Die nächsten Ziehungen am 7. und 18. September.

**Neueste Nachrichten.**

Wien, 30. August. Der Präsident des Herrenhauses hatte gestern begleitet von dem Herrn Cardinal von Rauscher und dem Fürsten Colloredo Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser, um die Adresse zu überreichen.

Se. k. l. Apostolische Majestät gerubten die Adresse allergnädigst anzunehmen und an die Deputation des hohen Herrenhauses die nachstehende Antwort huldvollst zu richten:

„Die Gefühnen des Edelmuthe, der Thakraft und Verfassungstreue, welche in der Adresse des Herrenhauses Ausdruck erhalten haben, dienen Mir zu wahrer Befriedigung und ehren das Haus. Ich lege Werth darauf, daß das Herrenhaus hierin zugleich die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit Meines mit Ehrlichkeit durchzuführenden Werkes ausgesprochen hat. In treuer Anhänglichkeit stellen die Witterben einer ruhri-

reichen Vergangenheit sich Mir zur Seite als Mitgründer einer Zukunft, in deren Schooß Oesterreichs Macht und Wohlfahrt durch freie Bewegung der Kräfte unter dem Schutze der Verfassung sich glücklich entfalten soll.

Das Herrenhaus erwartet, daß die Erinnerung an die glänzenden Thaten gegenseitiger Hilfe, wie seit Jahrhunderten so nicht minder jetzt die Kraft der Einigung unter den Stämmen Oesterreichs bewähren werde.

Auch ich vertraue auf das Band eines in guten und bösen Tagen erprobten Brudersbundes und auf die Erkenntniß, daß der Weiteifer im gemeinsamen Streben die Entwicklung der gleichberechtigten Völker Oesterreichs besser fördert als deren Ver- einzelung.

Berufen Sie dem Herrenhause Meinen Dank und versichern Sie daselbe Meiner kaiserlichen Huld und Gnade.“

Beide Häuser des Reichsraths hielten heute Sitzung. Im Herrenhause berichtet Sr. Durchlaucht der Präsident über seine Mission der Ueberreichung der Adresse des h. Hauses an Sr. Majestät den Kaiser. Die Mittheilung der Worte, welche Sr. Durchlaucht an Sr. Majestät bei Ueberreichung der Adresse richtete, wird vom Beifalle des h. Hauses begleitet. Nach der Mittheilung der Erwiderung Sr. Majestät bringt das h. Haus ein begeistertes Hoch aus.

Im Hause der Abgeordneten wurde die Generaldebatte über den Adressentwurf fortgesetzt. Zwei Redner haben sich gegen, acht für den Entwurf ausgesprochen lassen.

Brauner und Kuranda sprechen für, Graf Potocki und Klauß gegen den Entwurf.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung auf 30 Minuten wird der Schluß der Debatte angenommen. Die Parteien einigen sich, Brinz und Praxak als Generalredner sprechen zu lassen.

Nach Schluß der Debatte antwortete Sr. Excell. der Herr Staatsminister von Schmerling auf die dem Ministerium gemachten Vornwürfe und widerlegt die Ansicht, als sei die Form der Mittheilung unconstitutionel und als wünsche das Ministerium ein Vertrauensvotum zu erlangen. Er rechtfertigt die Auflösung des ungarischen Landtags vom Standpunkt des Rechtes und der politischen Vernunft; beweist, daß durch das Februarpatent an dem Octoberdiplom nichts geändert wurde, und erklärt die Regierung werde die gemachten Zugeständnisse nicht zurücknehmen. Der Staatsminister ist der sicheren Hoffnung, daß mit der Zeit der Hang Ungarns zur Negation schwinden werde, sobald das Land die Ueberzeugung von der Ersprißlichkeit der ertheilten Institutionen erlangt.

Agram, 29. August. Landtags-Sitzung. Die Verlesung und Absendung der Repräsentation an Sr. Majestät wegen des Landes-Viccapitans Grafen Jellacic wird verlagert, die Verhandlungen der Instruction über die provisorische Organisation der Municipien wurden fortgesetzt.

Dresden, 29. August. Die Criminal-Abtheilung des Juristentages hat die Bewald'schen Anträge auf Beilegung des Anlagemonopols der Staatsanwaltschaft, auf Ueberweisung der Prißsachen und der politischen Sachen an die Schwurgerichte mit großer Majorität angenommen. Die vereinigte erste und zweite Abtheilung hat den Antrag auf Erlass eines allgemeinen deutschen Nachdruckgesetzes angenommen. Die dritte Abtheilung will die Einführung der Jury in ganz Deutschland.

Paris, 29. August. Der Kassationshof hat Mißdeß von dem Verbrechen des versuchten Betruges gegen Dreifuss, Beauvais, Siberry und der Entwendung von 21.247 Aktien der Eisenbahnkasse losgesprochen; hält aber den übrigen Theil des Urtheils, sowie das Strafausmaß aufrecht. Die Berufung des Grafen Simeon hat er verworfen.

Paris, 30. August. Die „Korrespondenz Bullier“ veröffentlicht die Circulardepesche Ricasoli's vom 24. August an die diplomatischen Agenten des Züriner Hofes im Auslande, welche die Sachlage in den neapolitanischen Provinzen erklärt und denjenigen, welche rathen auf die Union zu verzichten, antwortet: daß die italienische Nation konstituiert ist, und daß alles, was Italien ist, ihr gebühre.

Dover, 29. August. Heute fand die Installation Lord Palmerstons als Kapitän der 5 Häfen statt. Beim Bankett verteidigte Palmerston die freimüthige Miliz und fügte hinzu: Wir können mit den Mäzeten, welche hundert Tausende von Soldaten auf den Weinen halten, nicht in die Schranken treten. Nehmen wir mit Freimüthigkeit die rechte Hand an, welche uns Freundschaft bietet, wenn sie uns gerecht wird. Lassen sie uns dieser rechten Hand nicht misstrauen, weil die linke den Degenriff festhält; wenn aber die linke Hand den Degenriff festhält, wäre es Narrheit, wenn wir den Vertheidigungsschild bei Seite werfen würden.

Aus Italien liegen folgende Nachrichten vor:

Turin, 29. August. Die heutige Opinion meldet: Der bevollmächtigte französische Minister Benedetti ist gestern Morgens in Turin eingetroffen.

Mailand, 29. August. Der heutigen „Perseveranza“ wird aus Turin vom 28. d. Mts. gemeldet: Heute Nacht brach hier zwischen der Via Po und Montebello eine heftige Feuerbrunst aus. Der Karabiniers-Oberst Prossi und der Major Beaufort, von einem Infanterie-Regimente, nebst 11 Mann Soldaten und Pombiers wurden von den einstürzenden Trümmern getödtet, mehrere schwer verwundet. Der Brand dauerte mehrere Stunden und war beim Postabgange noch nicht ganz bewältigt.

Belgrad, 29. August. Alle von der Skupstina angenommenen Regierungsvorlagen wurden vom Senate genehmigt und erwarten die kaiserliche Sanction. Die Beantwortung der Thronfolgefrage an die Skupstina von Seite des Fürsten wird berathen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Doczek. Verzeichniß der Angeworbenen und Abgereisten vom 30. August. Angeworbenen sind die Herren: Josef Ritter v. Pienitzkowsky a. Galizien. Tschelkowsky a. Galizien. Josef Kozłowski a. Galizien. Stanislaus Slubowski a. Galizien. Wincenz Wroblewski a. Polen. Abgereist sind die Herren: Johann Kubicki nach Lemberg. Mar Sawadski n. Polen. Tschelkowsky n. Polen.



Kundmachung.

(3039. 1-3)

Nachdem die Marktänder-Contracte  
a) für das Kaffell,  
b) für das Fort. am Kosciuszko-Hügel und  
c) für die Maler-, Arsenal- und Trompeterkaserne  
vereinigt,

mit Ende October d. J. erlöschen, so werden für die  
nächsten drei Militär-Jahre d. i. vom 1. November 1861  
bis letzten October 1864 neue Offerte-Verhandlung  
am 30. September l. J.

in der hierortigen k. k. Militär-Bauverwaltungs-Kanzlei  
abgehalten werden.

Die schriftlichen, versiegelten Offerte sind mit einer  
36 kr. Stempelmarge zu versehen und haben nebst dem  
deutlich unterschriebenen Vor- und Zunamen des Offe-  
renten auch die Angabe des Wohnortes, und den Anbot  
mit Zahlen und Buchstaben bestimmt und deutlich aus-  
gedrückt zu enthalten. Unbestimmt lautende und solche  
Offerte, die sich auf andere Offerte beziehen, werden nicht  
angenommen. Die Offerte müssen in der vorgenannten  
Kanzlei (Kling Nr. 51 im 2. Stock) längstens bis

10 Uhr Vormittags

des besagten Tages um so früher eingebracht sein, als  
Nachtrags-Offerte unter keinerlei Bedingung angenom-  
men werden. Auch muß das Offert die Erklärung ent-  
halten, daß der Offertent sich allen in dem die Contracte-  
Stelle vertretenden Verhandlungs-Protocollen enthaltenen  
Bedingungen ohne Ausnahme unterziehe, als wenn ihm  
diese Bedingungen vorgelesen worden wären, und er das  
Protocoll unterschreibt hätte.

Als Caution für das Kaffell sind . . . 300 fl. ö.W.  
" " " " das Fort. am Kos-  
ciuszko-Hügel . . . 50 fl. ö.W.

Als Caution für die Maler-, Arsenal-  
und Trompeter-Kaserne vereinigt . . . 50 fl. ö.W.  
dem Offerte beizuschließen. Diese Caution kann im Baar-  
en oder in k. k. Staatspapieren nach dem Course be-  
rechnet, geleistet werden.

Da es der obersten Militär-Verwaltung bei Ueber-  
lassung eines Marktänder-Geschäftes nicht so sehr um  
einen hohen Pachtzins, als vielmehr um die gesicherte  
Vorfahrung zu thun ist, daß die Militär-Mannschaft mit  
ungefährlichen, nahrhaften und gesunden Eßwaaren und  
Getränken zu möglichst billigen Preisen versehen werde;  
so hat jeder Offertent sich mittelst glaubwürdiger Zeugnisse  
der Treue, der Solidität, der Berechnung, der Fähigkeit und den Besitz  
eines für dieses Unternehmen hinreichenden Vermögens  
auszuweisen, d. h. diese Zeugnisse dem Offerte beizulegen.  
Die näheren Verhandlungs-Bedingnisse und weiteren  
Bedingungen bezüglich der Beforgung der äußeren Beleuch-  
tung, der Kuchereibefestigung, der Verführung der Rekruten  
u. d. m. von heute an zu den gewöhnlichen Amtsstun-  
den in der erwähnten Bau-Verwaltungs-Kanzlei einge-  
sehen werden.

K. k. Genie-Direction.

Kraakau, am 24. August 1861.

Edict.

(3049. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamte zu Mielec als Gericht wird  
bekannt gemacht, es sei: 1. am 11. März 1857 zu  
Mielec Jak Kleinmann mit einer letztwilligen Anord-  
nung, 2. am 8. Februar 1860 zu Baranów Margar-  
etha Staniszevska, 3. am 10. August 1861 Seba-  
stian Wolinski, die beiden letzten ab intestato ver-  
storben.

Bei unbekannten Aufenthaltsorte werden daher ad  
1. Wolf Kleinmann Enkel als testamentarischer Mit-  
erbe, ad 2. Johann Siada Sohn erster Ehe, ad 3.  
Jozefa, Johann, Antonia Wolinski Kinder als gesetz-  
liche Erben aufgeführt, sich binnen einem Jahre vom  
unten angeführten Tage an bei diesem Gerichte zu mel-  
den und Erbscheinung anzubringen widrigenfalls die Ver-  
lassenschaft mit den sich meldenden Erben und den auf-  
gestellten Curatoren ad 1. Israel Reicher, ad 2. Si-  
mon Sarama, ad 3. Blasius Jarosz abgehandelt wer-  
den würde.

Mielec, am 26. Juli 1861.

Kundmachung.

(3027. 2-3)

Bei der am 1. August d. J. in Folge der a. h.  
Patente vom 21. März 1818 und 23. December 1859  
vorgewommene 339. und 340. Verlosung der älteren  
Staatsschuld sind die Serien Nr. 14 und 283 gezogen  
worden.

Die Serie 14 enthält Banco-Obligationen im ur-  
sprünglichen Zinsfuß von 5% von Nr. 11563 bis ein-  
schließlich Nr. 12154 im Capitalsbetrage von 978,599 fl.  
mit den Interessen nach dem herabgesetzten Fuße von  
24,461 fl. 58 1/2 kr. und die nachträglich eingereichten  
von 1. ständischen Domestikal-Obligationen zu 4% von  
Nr. 1603 bis einschließlich 1718 im Capitalsbetrage von  
148,533 fl. 48 kr. mit den Interessen nach dem herab-  
gesetzten Fuße von 2970 fl. 40 1/2 kr.

Die Serie 283 enthält Hoffammer-Obligationen im  
ursprünglichen Zinsfuß von 5% von Nr. 2127 bis  
incl. Nr. 2750 im Capitalsbetrage von 998,938 fl. 32  
kr. mit den Interessen, nach dem herabgesetzten Fuße von  
24,973 fl. 27 1/2 kr.

Diese Obligationen werden nach den Bestimmungen  
des a. h. Patentes vom 21. März 1818 auf den ur-  
sprünglichen Zinsfuß erhöht, und in sofern dieser 5%  
Conv.-Mz. erreicht, nach dem mit den Kundmachung des  
Finanzministeriums vom 26. October 1858 Z. 5286  
(R. V. B. Nr. 190) veröffentlichten Umstellungs-Maß-  
stabe in 5% auf österr. Währ. lautende Staatsschul-  
verschreibungen umgewandelt.

Für jene Obligationen welche in Folge der Verlosung  
zur ursprünglichen, aber 5% nicht erreichenden Verzins-  
ung gelangen, werden auf Verlangen der Partei nach 31

Maßgabe der, in der erwähnten Kundmachung enthalte-  
nen Bestimmungen 5% auf österr. Währ. lautende Obliga-  
tionen erfolgt.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.  
Lemberg, am 10. August 1861.

Obwieszczenie.

Przy 339tém i 340tém losowaniu dawniejszego  
długu Państwa, odbytem w moc najwyższego pa-  
tentu z dnia 21. Marca 1818 i 23. Grudnia 1859  
na dniu 1go Sierpnia 1861 została wyciągnięta  
Serya Nr. 14 i 283.

Serya 14 zawiera obligacye bankowe 5% pier-  
wotnej stopy procentowej, mianowicie Nr. 11563  
do 12154 włącznie z sumą kapitału 978,599 zlr.,  
i w ilości procentów podług znížonej stopy pro-  
centowej 24,464 zlr. 58 1/2 kr. tudzież następnie  
podane domestykalne obligacye stanowe 4% od  
Nr. 1608 do Nr. 1718 włącznie z sumą kapitału  
148,533 zlr. 48 kr. i w ilości procentów podług  
znížonej stopy procentowej 2,970 zlr. 40 1/2 kr.

Serya 283 zawiera obligacye kamery nadwor-  
nej pierwotnej stopy procentowej 5% od Nr. 2427  
do Nr. 2750 włącznie z sumą kapitału 998,938  
zlr. 32 kr. i w ilości procentów podług znížonej  
stopy procentowej 24,973 zlr. 27 1/2 kr.

Obligacye te zostaną w moc postanowień naj-  
wyższego patentu z 21. Marca 1818 podwyższone  
na pierwotną stopę procentową i jeżeli takowa 5  
procentu w mon. konw. dosięgnie, podług normy  
wymiany obwieszczeniem c. k. Ministerium skarbu  
z 26. Października 1858 do L. 5286 (Dziennik  
Praw Państwa Nr. 190) ogłoszonej, wymienione  
na 5% zapisy długu Państwa na walutę austr. ac.  
opiewające.

Za te obligacye zaś, które w skutek wylosowa-  
nia, osiągną pierwotne, lecz 5% niedochodzące  
oprocetowanie, zostaną stronie podług postano-  
wienia w wymienionem obwieszczeniu zawartych  
na żądanie wydane 5% obligacye na walutę austr.  
opiewające.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 10. Sierpnia 1861.

Concursfundmachung.

(2990. 3)

Zu besetzen ist die Amtsdienstelle bei der k. k. Sa-  
linen-Bergverwaltungs-Cassa in Bochnia mit dem Ge-  
halte jährlicher Zweihundert zehn Gulden österr. Währ.  
und dem systemmäßigen Salzdeputats-Besüge.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig docu-  
mentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Stan-  
des, Religionsbekenntnisses, des sittlichen und politischen  
Verhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der Kennt-  
nis der deutschen und polnischen Sprache in Schrift und  
Wort des Rechnens verbunden, mit einer correcten  
Handschrift unter Angabe ob und in welchem Grade sie  
mit Beamten oder sonst Angestellten des hiesigen Direc-  
tions-Bezirktes verwandt oder verschwägert sind, im Wege  
ihrer vorgesetzten Behörden bei dieser Direction bis 10.  
September 1861 einzubringen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction.  
Wieliczka, am 2. August 1861.

Kundmachung

(3028. 3)

An dem neu errichteten achtelstfaffen „städtischen  
Franz Josephs-Gymnasium“ in Drohobycz, Samborer  
Kreis, von welchem mit Anfang des Schuljahres  
1861/62 die sechste Gymnasialclasse eröffnet werden  
wird, sind fünf philologische Lehrerstellen mit der Ge-  
haltsstufe von siebenhundert dreißig fünf Gulden österr.  
Währ. und dem Vorrückungsrechte in die höhere Ge-  
haltsstufe von 840 fl. österr. Währ. zu besetzen.

Mit jeder dieser Lehrstellen ist nebstwie ein Staats-  
gymnasium der Anspruch auf Fahrgehaltzulagen und  
normalmäßigen Ruhegenuß nach vollstreckter Dienstzeit  
verbunden.

Zur Besetzung dieser Lehrstellen, für deren jede die  
Befähigung zur Unterrichts-Ertheilung in der classischen  
Philologie gefordert wird, und wobei jene Bewerber,  
welche nebstbei die Befähigung zum Unterrichte in der  
deutschen oder einer der beiden galizischen Landesprachen  
d. i. der polnischen oder ruthenischen Sprache für das  
Dergymnasium nachgewiesen haben werden, wird hiemit  
der Concursstermin bis 25. September 1861 aus-  
geschrieben.

Bewerber um die genannten Lehrstellen haben bis  
dahin ihre instruirten Gesuche unter Nachweisung der  
geforderten Lehrbefähigung bisher geleisteten Dienste, ihrer  
tadellosen sittlichen und staatsbürgerlichen Haltung un-  
mittelbar, oder wenn sie bereits in einer öffentlichen Be-  
dienstung stehen, im Wege ihrer vorgesetzten Behörde  
bei der k. k. galiz. Statthalterei in Lemberg einbringen  
Von der k. k. galizischen Statthalterei.  
Lemberg, am 10. August 1861.

Obwieszczenie.

Przy nowo urządzonym ósmio-klasowem „miej-  
skim gimnazjum „Franciszka Józefa“ w Droho-  
bycz, w obwodzie Samborskim, przy którym z po-  
czątkiem roku szkolnego 1861/2 otwara zostaje  
klasa 7ma, są do obsadzenia 5 posad filologicz-  
nych nauczycieli z placą roczną siedmuset trzy-

dziestu i pięciu zlot. wal. austr. i prawem posu-  
nięcia się do wyższej kategorii placę rocznej 840  
zl. wal. austr.

Z każdą z tych posad nauczycielskich połą-  
czone jest, jak przy gimnazjach rządowych prawo  
otrzymania dodatków do placę, co dziesięć lat  
nastąpić mających i normalnej pensji po ukończo-  
nym czasie służby.

Do obsadzenia tych posad, z których przy  
każdej wymagane jest uzdolnienie do udzielania  
nauki klasycznej filologii, rozpisuje się niniejszym  
konkurs do 25go Września 1861 z tem nad-  
mienieniem, że szczególnie uwzględnieni zostaną  
ci kompetenci, którzy się wykazą uzdolnieniem  
do udzielania nauki dla gimnazjum wyższego je-  
zyka niemieckiego, lub jednego z języków kraj-  
owych galicyjskich, t. j. polskiego lub ruskiego.

Kompetenci o wyż wzmiankowane posady na-  
uczycielskie mają wnieść podania swe w terminie  
do c. k. galic. Namiestnictwa we Lwowie i wy-  
kazać się z prawem przepisane uzdolnienia, do-  
tąd pełnionej służby, nienaganego moralnego i  
politycznego życia, a to bezpośrednio, lub jeżeli  
się już w publicznej służbie znajdują, w drodze  
swego przełożonego urzędu.

Od c. k. galicyjskiego Namiestnictwa.

Lwów, dnia 10. Sierpnia 1861.]

Concurs

(3032. 3)

Bei dem Bezirksamte zu Neumarkt, Zassów, Dro-  
hobycz, Kutty und Sadowa Wisznia, und nach Um-  
ständen bei einem anderen Bezirksamte sind Bezirksab-  
junctenstellen mit dem Jahresgehälte von 735 fl. ö. W.  
provisorisch zu besetzen wobei vorzugsweise hiezu qualifi-  
cirten disponiblen Beamten werden berücksichtigt werden.

Bewerber um diese Stellen, werden aufgefordert, ihre  
Gesuche unter Nachweisung der erforderlichen Eigenschaf-  
ten bis 15. September l. J. mittelst des Verkehrs  
ihrer vorgesetzten Behörde an die betreffende Kreisbehörde  
einzubringen und in dieselben die Verwandtschaft oder  
Schwägerchaft mit den angestellten Bezirksbeamten an-  
zugeben.

Von der k. k. Landes-Commission für Personalangelegen-  
heiten der gemischten k. k. Bezirksämter.  
Lemberg, den 18. August 1861.

Picitations-Ankündigung.

(3054. 3)

Wegen Sicherstellung der verschiedenen Erfordernisse  
für das k. k. Truppen-Militär-Spital zu Neu-Sandez  
auf die Zeit vom ersten December 1861 bis letzten No-  
vember 1862 wird am 17. September 1861 und  
den darauf folgenden Tagen um 9 Uhr Vormittag eine  
öffentliche Picitation bei obigem Spital abgehalten wer-  
den, alldo die Picitations-Bedingungen in den gewöhnli-  
chen Amtsstunden eingesehen werden können. Schrift-  
liche Offerte sind ausgeschlossen.

Vom k. k. Truppen-Militär-Spitale zu

Neu-Sandez, am 27. August 1861.

Edict.

(3050. 3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht wird hiemit be-  
kannt gemacht, daß zur Hereinbringung der durch Anton  
Heraidin erstiegten Summe von 197 fl. 75 kr. sammt  
6% vom 1. Juli 1859 laufenden Interessen, dann Ge-  
richtskosten von 6 fl. 30 kr. und 2 fl. 57 kr. ö. W.  
und der gegenwärtigen ermäßigten Executionskosten in  
dem Betrage von 9 fl. 40 kr. ö. W. die executive Teil-  
bietung der dem Simon Malecki gehörigen im Dorfe  
Andrychau sub NC. 261 gelegenen Realität in drei nach  
einander folgenden Terminen, das ist: am 25. Sep-  
tember 11. und 25. October 1861 jedesmal um  
3 Uhr Nachmittags abgehalten werden.

Hievon werden die Kauflustigen mit dem verständiget,  
daß diese Realität im dritten Termine auch unter dem  
Schätzungswerte wird verkauft werden.

Der Schätzungssact und die Picitationsbedingungen  
kann in der Registratur, der Steuerausweis bei dem k.  
k. Steueramte eingesehen werden.

Andrychau, am 12. August 1861.

Edykt.

Ze strony c. k. powiatowego Sądu czyni się  
wiadomo, iż na zaspokojenie przez Antoniego He-  
radina wygranej sumy 197 zlr. 57 kr. wraz z pro-  
wizją 6% od 1. Lipca 1859 począwszy, tudzież  
kosztów prawnych 6 zlr. 20 kr. i 2 zlr. 57 kr.  
i teraźniejszych kosztów egzekucyjnych w umiar-  
kowanej kwocie 9 zlr. 40 kr. a. w. egzekucyjna  
sprzedaż przez publiczną licytację w trzech ter-  
minach, t. j. na dniu 25. Września, 11. i 25.  
Października 1861 zawsze o godzinie trzeciej  
po południu nastąpi.

O czym kupienia chęć mający uwiadomają  
się z tem, iż w trzecim terminie realność ta ni-  
żej ceny szacunkowej sprzedana będzie.

Akt szacunkowy i kondyctye licytacji mogą  
w registraturze, wykaz podatkowy w c. k. urzę-  
dzie podatkowym być przejrane.

Andrychów, dnia 12. Sierpnia 1861.

Meteorologische Beobachtungen

Zeit	Temperatur auf 1 m. Baralt. 1 m. in Raum rel.	Temperatur nach Reaumur	Spezielle Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung der Temperatur auf d. Tage von . . . bis
30	27	+22.0	62	West stark	heiter mit Wolken		
10	29	13.4	95	" "	" "	Regen mit bligen Donner	+8.5
31	29	12.0	89	" "	" "		+24.7

In J. Pazelt's qm. J. Geyer's  
Handels-Lehranstalt  
in Wien,

Stadt, Salvatorgasse 368 (zum großen Christoph),  
beginnt das neue (zweihundertzwanzigste) Schuljahr  
am 1. October, und werden ausführliche Programme im  
Instituts-Local, so wie in den Buchhandlungen von  
C. Gerold's Sohn am Stephansplatz und L. W.  
Seidel und Sohn am Graben gratis ausgegeben  
und versendet.

Auch werden alle weiteren Informationen auf münd-  
liche oder briefliche Anfragen bereitwilligst ertheilt, so wie  
das Institut für auswärtige Eteleen Wohnung und  
Verpflegung entweder bei den Mitgliedern des Lehrkör-  
pers, oder in sonstigen achtenswerthen Häusern besorgt.  
Wien, im August 1861.

(3033. 2-3) Der Instituts-Vorsteher: J. Pazelt.

Wiener - Börse - Bericht

vom 29. August.

Öeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waars
In Deft. B. zu 5% für 100 fl.	62.50	62.75
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	8.70	80.80
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—	—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	68. —	68.20
ditto „ 4 1/2 % für 100 fl.	58.50	59. —
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	113.75	114. —
„ 1854 für 100 fl.	87. —	87.50
„ 1860 für 100 fl.	87.75	88. —
Como-Renten-Gheine zu 42 L. austr.	16.50	17. —

B. Der Kronländer.

	Geld	Waars
Grundentlastungs-Obligationen	87. —	88. —
von Nied. Oester. zu 5% für 100 fl.	55.50	56. —
von Böhmen zu 5% für 100 fl.	85. —	86. —
von Schleßen zu 5% für 100 fl.	87. —	87.50
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	98.50	99.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	87. —	88. —
von Kärnt. Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	67.25	68. —
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	66.75	69. —
von Tem. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	66. —	66.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	65.25	65.75

C. Der Nationalbank.

	Geld	Waars
der Nationalbank . . . . .	740. —	741. —
der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	174.50	174.60
Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 500 fl. österr. B. . . . .	590. —	592. —
der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 1000 fl. österr. B. . . . .	1926. —	1927. —
der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 500 fl. österr. B. . . . .	275.75	275.75
der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	166. —	166.50
der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	117.75	118.25
der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	147. —	147. —
der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	233. —	233. —
der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	145. —	145.50
der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	439. —	440. —
der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	218. —	220. —
der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	396. —	399. —
der Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	365. —	370. —

D. Pfandbriefe

	Geld	Waars
der Nationalbank . . . . .	102.10	103. —
der Nationalbank . . . . .	97. —	97.75
der Nationalbank . . . . .	89.75	90.25
der Nationalbank . . . . .	99.50	100. —
der Nationalbank . . . . .	85.81	85.90
der Nationalbank . . . . .	80.50	82. —

E. Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe

	Geld	Waars
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	118.75	119. —
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	96. —	96.50
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	124. —	125. —
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	36.25	36.50
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	95. —	96. —
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	36.50	37. —
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	39.25	39.50
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	36. —	36.50
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	21.50	23. —
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	22.75	23. —
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	14.50	15. —

F. 3 Monate.

	Geld	Waars
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	116.10	116.50
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	116.30	116.50
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	102.30	102.40
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	138.20	138.35
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. B. . . . .	54.15	54.25

G. Cours der Geldsorten.

	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.
Kaiserliche Münz-Dufaten . . . . .	6 58	6 57	6 57	6 58
"      "				